

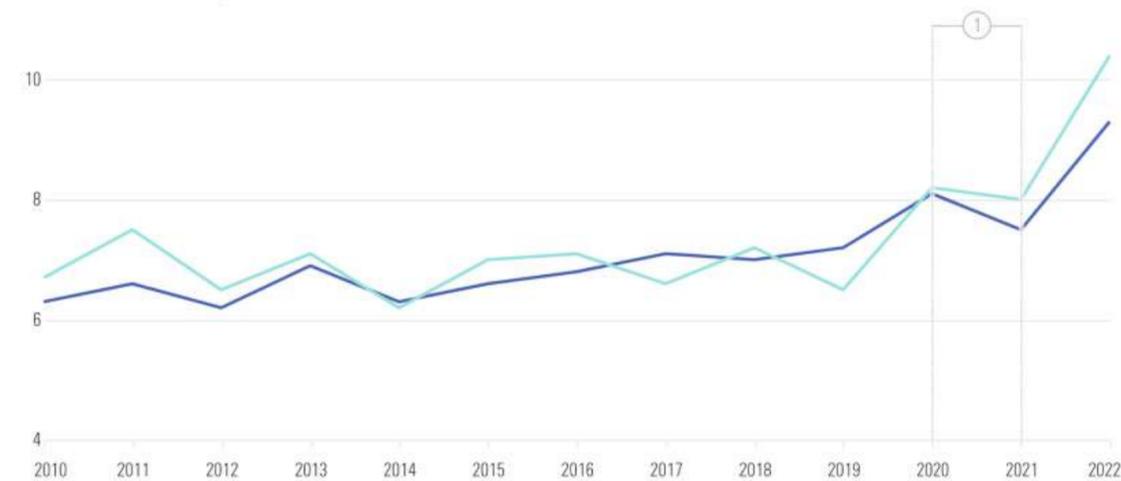
Das Rätsel der zahlreichen Absenzen

Die Zahl der krankheitsbedingten Abwesenheiten hat in der Schweiz und im Ausland stark zugenommen – was sind die Gründe?

Erhöhte Abwesenheit beim Personal

Gesundheitsbedingte Absenzen (Krankheit/Unfall), in Tagen

Total 15- bis 24-Jährige



① Corona-Pandemie

Nur Vollzeitangestellte, ohne Arbeitnehmer in der eigenen Firma und Lehrlinge

QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

NZZ / dha

DIETER BACHMANN

Müssen sich Firmen um die Gesundheit ihrer Angestellten sorgen? Dies lässt zumindest der erste Blick auf die Zahlen vermuten: 2022 haben Beschäftigte in der Schweiz im Schnitt an 9,3 Tagen bei der Arbeit gefehlt, das sind 1,8 Tage oder fast ein Viertel mehr als noch 2021 – und sogar drei Tage mehr als 2010.

Bei genauerem Hinschauen gibt es je nach Branche oder Alterskategorie Unterschiede beim Anstieg krankheitsbedingter Absenzen. Nicht überall ist er so gross, doch die Zunahme ist bemerkenswert, zum Beispiel bei den 15- bis 24-Jährigen. Dort hat die Absenzdauer von 8 auf 10,4 Tage zugenommen.

Verschiedene Firmen bestätigen, dass ihre Mitarbeiter im vergangenen Jahr häufiger gefehlt haben. Doch das Bild ist uneinheitlich.

■ Bei den SBB sind die gesundheitsbedingten Absenzen zwischen 2021 und 2022 von 14 auf 16,6 Tage gestiegen. Das ist sogar im Vergleich mit dem

hohen Durchschnittswert für den Bereich Verkehr und Lagerei (11,2 Tage) eine hohe Zahl. Allerdings ist sie nur bedingt vergleichbar, weil die Bundesbahnen mit einer 7-Tage-Woche kalkulieren und zudem einen hohen Anteil an Langzeitabsenzen haben.

■ Auch bei der Post sind die Absenzen 2022 gestiegen – in Brief- und Paketzentren stärker als in Bürofunktionen. Einen Grund für die erhöhten Absenzen sieht das Unternehmen in der älter werdenden Belegschaft, bei der Krankheiten oft mit längeren Absenzen einhergehen. Um die Reintegration zu fördern, werden Schulungen für Vorgesetzte durchgeführt.

■ Der Detailhändler Coop hat eine leichte Zunahme festgestellt, die jedoch «tiefer war als der Schweizer Durchschnitt».

■ Die Migros nimmt «analog der gesamtschweizerischen Entwicklung» einen Anstieg der Absenzen wahr.

■ Die Absenzenrate bei Novartis hat sich nach einem Rückgang in den Pandemie Jahren wieder leicht erhöht und liegt nun wieder auf dem Niveau von vor Corona. Einen signifikanten Anstieg verzeichnet der Pharmakonzern seit 2022 bei den Langzeitabsenzen (über 90 Tage).

■ Hingegen hat das Pharmaunternehmen Roche 2022 und 2023 keine Zunahme der Absenzen festgestellt.

■ Bei der Baufirma Implenia sind sowohl beim Personal im Büro als auch auf den Baustellen die krankheitsbedingten Absenzen ebenfalls stabil geblieben. Zudem ist die Unfallrate auch nach dem Rückgang während der Pandemie 2022 weiter gesunken.

Die Zahlen des Bundesamts für Statistik, welche die Tamedia-Zeitungen kürzlich aufbereitet haben, lassen keine Rückschlüsse darauf zu, warum die Absenzen zugenommen haben. Entsprechend spekulativ sind darum auch Er-

klärungsversuche von Fachleuten zu dem Thema.

Ein einmaliges Ereignis?

Sicher ist, dass es sich nicht um ein Schweizer Phänomen handelt. Eine ähnliche Entwicklung lasse sich auch in Deutschland und in anderen Ländern beobachten, sagt Stefan Felder. Der Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel ist jedoch vorsichtig mit Interpretationen für die Gründe.

Die wahrscheinlichste Erklärung ist für ihn, dass im Jahr nach Corona die Grippewelle die Bevölkerung stärker getroffen hat, weil ein Teil der Leute nach dem Rückzug während Covid ein geschwächtes Immunsystem hatte. In diesem Fall wäre es ein vorübergehendes medizinisches Problem, und es wäre zu erwarten, dass sich die Situation in den nächsten Jahren wieder normalisiert. «Für mich sieht es nach einem einmaligen Ereignis aus», sagt Felder.

Was die Kosten der Absenzen etwa für die Versicherungen anbelangt, so würde das erst dann zum Problem, wenn die Absenzen systematisch höher blieben. «Doch wenn es sich um einen Ausreisser handelt, so ist das ähnlich, wie wenn die Gebäudeversicherung einmal ein Jahr mit schweren Unwettern zu bewältigen hat.»

Psychische Krankheiten

Darüber, wie rasch das Phänomen abklingen wird, gehen die Einschätzungen auseinander. Der Gesundheitsökonom Willy Oggier vermutet eine Zunahme von psychischen Erkrankungen als einen der Gründe hinter den gestiegenen Absenzen. Denn diese sorgten für rund doppelt so lange Absenzen wie physische Krankheiten oder Unfälle.

Hier dürfte der Effekt, den die Pandemie gerade auch auf Jugendliche hatte, wohl nicht so rasch verschwinden, befürchtet Oggier. «Ich hoffe, dass die Politik diese Entwicklung im Auge behält.» Andernfalls bestehe die Gefahr, dass mittel- bis langfristig hohe Folgekosten für die Invalidenversicherung entstünden, wenn junge Menschen über eine längere Zeit reduziert oder gar nicht arbeiten könnten. Tatsächlich hat sich in der Pandemie die

Anzahl junger Frauen, die psychiatrische Hilfe gesucht haben, auffällig erhöht. Wie das Schweizerische Gesundheitsobservatorium in einem Bulletin zur psychischen Gesundheit schreibt, sind die Psychiatriekosten seit 2006 steigend und haben 2021 wieder stärker zugenommen als 2020. Der Anteil an den Gesamtkosten der obligatorischen Krankenversicherung sei jedoch seit Jahren stabil.

Ob die Zunahme von psychischen Krankheiten damit zu tun hat, dass diese entstigmatisiert, also gesellschaftlich besser akzeptiert sind, oder ob sie eine Folge von mehr Stress am Arbeitsplatz ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Während Arbeitnehmervertreter die Stress-These vertreten, ist die Gegenseite zurückhaltender: «Die Gründe für eine krankheitsbedingte Abwesenheit müssen nicht zwingend mit dem Job zu tun haben. Das wäre ein vorschneller Schluss», sagt Stefan Heini vom Arbeitgeberverband. «Die Gesundheits- und Unfallrisiken sind im privaten Umfeld mindestens so hoch.»

Sinkende Hemmschwelle

Plausibel scheint der Umstand, dass die Hemmschwelle, sich krank zu melden, mit Corona generell gesunken ist. Das vermutet man auch beim Versicherer Axa. Dieser hat bei der Anzahl Krankentaggeld-Fälle 2022 «insbesondere bei den Kurzabsenzen einen signifikanten Anstieg gegenüber den Vorjahren» festgestellt.

Während der Pandemie wurden Arbeitnehmer aufgefordert, bei Krankheitssymptomen zu Hause zu bleiben. Gut möglich, dass die Erkenntnis, dass man mit Husten und Fieber besser nicht ins Büro kommt, über die Covid-Zeit hinaus in den Köpfen hängen bleibt. Nachweisen lassen sich diese Erklärungen freilich nicht.

Die Axa beobachtet auch im laufenden Jahr zwar immer noch ein «hohes Niveau» bei den Kurzabsenzen, aber gleichzeitig eine Entspannung gegenüber 2022. Das deckt sich mit Beobachtungen in einzelnen der befragten Unternehmen. So spricht etwa die Post von einer Stabilisierung bei den Absenzen. Und bei Coop heisst es, die Zahl der Absenzen im laufenden Jahr sei bis jetzt tiefer als 2022.

Die Luzerner Kantonalbank flirtet mit dem Bitcoin

Eine erste Staatsbank will den Handel mit Kryptowährungen anbieten – die Risiken tragen die Kunden

EFLAMM MORDRELLE

Kryptowährungen wie der Bitcoin werden nach etlichen Skandalen von vielen Schweizer Banken links liegen gelassen – «zu risikoreich» oder «zu volatil», lautet der Tenor. Doch es zeichnet sich eine Trendwende ab. Die Luzerner Kantonalbank (LUKB) bereitet in Zusammenarbeit mit externen Partnern ein Angebot für Krypto-Assets vor, das im kommenden Jahr lanciert werden soll. Das meldete jüngst die auf digitale Anlagen spezialisierte Sygnum Bank, die mit der LUKB bei der Entwicklung des Angebots zusammenarbeitet.

Das Geschäft brummt

Dass sich eine vermeintlich konservative Kantonalbank mit Krypto-Anlagen profilieren will, ist bemerkenswert. Die LUKB ist die drittgrösste Kantonalbank des Landes, doch systemrelevante Institute wie die UBS/CS, Raiffeisen oder auch die Zürcher Kantonalbank haben sich bisher nicht vorgewagt und die Finger von solchen Experimenten gelassen. Das Feld wurde bisher weitgehend fokussierten Anbietern wie dem Online-Broker Swissquote oder Krypto-Banken wie Seba oder Sygnum überlassen.

Bemerkenswert ist auch der Zeitpunkt der Ankündigung. Der Leidensdruck bei den Kantonalbanken, wegen des Tiefzinsumfelds neue Ertragsquellen zu erschliessen, hat durch die Zinswende nachgelassen. Dank steigenden Zinsen schwimmen die Staatsbanken wieder im Geld.

Eben meldete die Genfer Kantonalbank einen rekordhohen Halbjahresgewinn. Hauptsächlich dank dem Zinsgeschäft, dem traditionellen Geschäft mit Krediten und Einlagen. Wegen steigender Zinsen öffnet sich die Zinsspanne – also die Differenz zwischen den verlangten und den gebotenen Zinsen. So hat auch die LUKB den Zinsertrag zuletzt verdoppelt und in den vergangenen Quartalen den Gewinn gesteigert.

Das Geschäft brummt, den Vorstoss in die Welt der digitalen Assets will man bei der Luzerner Staatsbank aber nicht an die grosse Glocke hängen. Der Entschluss, ein Krypto-Angebot zu lancieren, sei grundsätzlich gefällt, doch es gebe noch Unwägbarkeiten. Einzelheiten wolle man deshalb erst bekanntgeben, wenn das Angebot auf dem Markt eingeführt werde, sagt ein Sprecher der Bank. Mit der Lancierung ist frühestens Ende Jahr oder Anfang 2024 zu rechnen. Noch ist unklar, was die LUKB ihren rund 300 000 Kunden bieten

wird. Doch der Markt ist da: «Wir erhalten bereits heute regelmässig Anfragen aus unserer Kundschaft, wie man digitale Assets und Kryptowährungen sicher und reguliert aufbewahren kann», daraus dürfte sich ein breiteres Kundenbedürfnis entwickeln, das die LUKB als «unternehmerisch denkende Bank» bedienen möchte, sagt der Sprecher weiter.

Kontroverse Vorstösse

Nicht nur Privatkunden sind für die LUKB interessant; auch professionelle Investoren wie Vermögensverwalter sind empfänglich für digitale Assets. So geben in einer Umfrage der Börsenbetreiberin SIX fast 70 Prozent der Profis an, in den nächsten zwölf Monaten digitale Token in ihre Portfolios aufnehmen zu wollen. Der Markt ist also nicht nur da, er dürfte wachsen, auch in der Schweiz.

Das hat nicht nur die LUKB gemerkt, wo man sich seit 2020 intensiv mit dem Thema beschäftigt. Auch die Postfinance hat ein eigenständiges Krypto-Angebot in Vorbereitung, das im Laufe des Jahres 2024 ihren 2,5 Millionen Kunden zur Verfügung gestellt werden soll. Die Postfinance-Leitung habe digitale Assets als «strategisches Wachstumsfeld» identifi-

ziert, heisst es beim staatsnahen Betrieb. Derzeit sind über die Online-Plattform von Postfinance Krypto-Anlagen nur indirekt handelbar, etwa über ETP-Fonds oder strukturierte Produkte. Dass die Post-Tochter aber schon länger mit dem Bitcoin liebäugelt, wurde bei der Lancierung der Finanz-App Yuh im Herbst 2020 offensichtlich. Yuh richtet sich an ein jüngeres Publikum und behandelt Investitionen in Kryptowährungen gleichberechtigt wie solche in Aktien oder Fonds – was Fragen aufwirft, zumal Laien die unterschiedlichen Risiken kaum beurteilen können.

Doch nicht alle sind Fans. Bei UBS/CS sucht man als Retail-Kunde vergeblich nach Anlagemöglichkeiten für Digitalwährungen. Auch die beiden grössten Staatsinstitute – die Zürcher und Waadtländer Kantonalbanken – bieten nichts an. Wobei die ZKB beim digitalen Markt SDX beteiligt und bereit ist, wenn nötig auf den Zug aufzuspringen.

Die Berner Kantonalbank profiliert sich derweil schon länger als digitalaffin und hat 2021 einen Marktplatz für tokenisierte Aktien lanciert. Von Direktinvestitionen in Kryptowährungen rät sie aber ab: «Die Bedenken bezüglich Energieverbrauch insbesondere von Bitcoin lassen sich nicht mit unserer nachhaltigen strategischen Ausrichtung ver-

einbaren», heisst es. Bitcoin polarisiert, auch bei den Banken.

Kanton bürgt nicht für Krypto

Noch hat sich keine Schweizer Bank die Finger an Krypto-Anlagen verbrannt – auch im Nachgang des Untergangs der Krypto-Börse FTX im Herbst 2022 nicht. Das spricht für den umsichtigen Umgang mit dieser spekulativen Anlageklasse. Bei der Luzerner Kantonalbank wurde gemäss eigener Aussage interne Expertise aufgebaut, um die sichere Verwahrung und den Handel für die Kunden zu ermöglichen.

Grundsätzlich sind die Einlagen bei einer Kantonalbank sicher. Die LUKB verfügt wie die Mehrheit der Kantonalbanken über eine Staatsgarantie, das heisst, der Kanton Luzern haftet für alle Verbindlichkeiten, sollten der Bank in einer Krise die Mittel ausgehen; unter die Garantie fallen Kontovermögen, Festgeld- und Kassenobligationen.

Vermögen, die jedoch in Depots bzw. Wallets verwahrt werden, wie Aktien, Fonds oder eben Krypto-Anlagen, würden bei einer Insolvenz aus der Konkursmasse ausgesondert und blieben Eigentum der Kunden. Die Marktrisiken von Kryptowährungen kann also auch eine Kantonalbank nicht abfedern.